

**Decker, Frank: Parteien-
demokratie im Wandel.
Beiträge zu Theorie und
Empirie. Baden-Baden:
Nomos Verlag 2015,
265 Seiten, € 34,00.**



Frühzeitig befand Karl Dietrich Bracher: „Der Zustand der Parteien und des Parteiensystems sagt über den Zustand des politischen Systems mehr aus als alle formalen Betrachtungen von Verfassungen und Institutionen, mit denen Juristen und Philosophen die Staaten zu definieren und zu kategorisieren suchen.“ Gerade in Zeiten wie diesen, ist es wichtig, die aktuelle Entwicklung der Parteienlandschaft zu analysieren. Dem widmet sich Frank Decker. Bevor er die relevanten Parteien der Bundesrepublik porträtiert und die Parteienlandschaft als solche untersucht, definiert und typologisiert er Parteien. Daraufhin skizziert der Autor Hauptmerkmale einer Parteiendemokratie und diskutiert Kritik an ihr. Erstaunlich wirkt hierbei Deckers Befremden über das „Understatement des Artikel 21, wonach Parteien an der politischen Willensbildung ‚mitwirken‘“. Im Widerspruch dazu begrenzen in der politischen Praxis u. a. Internet, (un-)soziale Medien, Interessenverbände und Bürgerinitiativen den Einfluss der Parteien, die heute über keine parteieigenen oder -nahen Tageszeitungen verfügen (außer der Linkspartei).

Gerade auch der Parteeinfluss in öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstal-

ten ist heute gemeinhin geringer als vielfach unterstellt und auch transparenter als die Mitwirkung sogenannter „unabhängiger Experten“ in Rundfunkgremien. Ohnehin lassen sich manche Journalisten von Parteien fördern, ohne sich ihnen verpflichtet zu fühlen. Insbesondere auch der missionarische Eifer einiger Journalisten provoziert parteipolitische Versuche, Einfluss auszuüben. Die SPD verfügt auch deshalb bis heute über Anteile an wichtigen Tageszeitungen, die damit aber nicht zu lupenreinen Parteiblättern mutieren.

Engagiert verteidigt Decker die Parteiendemokratie gegen überzogene Kritik und altdeutsche Parteienverachtung, die derzeit wieder wuchert. Damit unterscheidet sich seine Haltung wohlthuend von der opportunistischen, destruktiven und undifferenzierten Parteienschelte, die einst u. a. Richard von Weizsäcker und Hans-Herbert von Arnim verbreiteten. Um den Einfluss der Parteien auf das Amt des Bundespräsidenten zu verringern, plädiert Decker dafür, das „bestehende Wahlverfahren durch eine Direktwahl zu ersetzen“. Freilich dürften Wahlkämpfe um das Amt des Bundespräsidenten den Einfluss der Medien gegenüber gewählten Politikern erhöhen.

Bei der Kandidatenaufstellung für eine solche Direktwahl sollten, so Decker, die Parteien mehr die Persönlichkeit der Bewerber berücksichtigen als deren Parteizugehörigkeit. Doch die Anforderungen, die das überparteiliche Amt des Bundespräsidenten bereithält, sind eminent politisch. Umso bedeutsamer bleiben gerade auch im Amt des Bundespräsidenten politische Erfahrung und politische Sensibilität, die sich vor allem in der parteipolitischen Praxis gewinnen lassen. Käme es zu einer Direktwahl des Bundespräsidenten, gerieten

Kandidaten in entsprechenden Wahlkämpfen noch viel stärker ins politische Feuer. Problematisch scheint der Vorschlag auch deshalb, weil eine Direktwahl die Frage nach mehr Befugnissen des Bundespräsidenten provozieren würde, wodurch es erforderlich würde, das Gefüge der obersten Verfassungsorgane neu auszutarieren.

Im Abschnitt über die einzelnen Parteien von Relevanz mutmaßt Decker, die Grünen könnten „demnächst eine ähnliche Züngleinrolle im Parteiensystem einnehmen wie früher die FDP“, die 1976 und 1980 jeweils der zweitstärksten Partei den Weg ins Kanzleramt ebnete. Bereits heute beweisen die Grünen mehr politische Flexibilität als einst die FDP, koalitiert die Ökopartei doch derzeit sowohl mit SPD und CDU als auch mit der Linken – und das sogar unter einem Ministerpräsidenten aus der Partei Gysis. Dass die Grünen den Wandel zu einer „multikulturellen Gesellschaft“ früh als solchen benannt hätten, bezeichnet Decker als „verdienstvoll“, ohne zu erwähnen, wie undifferenziert und illusionär die Perspektive vieler Grüner auf den Zuzug oft war und zum Teil bis heute noch ist.

Im Kapitel über die SPD unterschätzt der Sozialdemokrat Decker die Risiken der rot-rot-grünen Option für die älteste Partei Deutschlands. Allein durch die Öffnung für Rot-Rot-Grün dürfte die SPD einen erheblichen Teil ihrer „Mitte-Wähler“ verschrecken. Daher ähnelt die Öffnung der SPD für Rot-Rot-Grün strategisch einem Sprung ins Dunkle. Den wagt die SPD aber gerade auch deshalb, weil sie keine dritte Große Koalition als Juniorpartner unter CDU / CSU-Führung in kurzer Zeit (seit 2005) will und weil sie fürchtet, die Koalition von CDU und Grünen in Hessen könnte zum Mo-

dell auch für den Bund mutieren. Das ist der Alptraum der SPD, deren Wählerrückhalt weiter schwinden könnte.

Insgesamt präsentiert Decker ein ausgewogenes Buch, das über weite Strecken vom politischen Realismus seines Autors zeugt und profitiert. Dennoch gibt es in der Politikwissenschaft und politischen Bildung nach wie vor zu wenig Experten, die Politik nicht nur aus der Theorie im Elfenbeinturm kennen, sondern auch aus eigener Erfahrung, etwa durch ein Engagement in den Niederungen der Kommunalpolitik, die als hohe Schule der (partei-)politischen Praxis fungiert – gemäß der Devise „all politics are local politics“.

HARALD BERGSDORF